

ZENTRALAUSSCHUSS
BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

für die beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung,
an den nachgeordneten Dienststellen und an den wissenschaftlichen Anstalten
(mit Ausnahme der Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek)
verwendeten Bundesbediensteten, Bedienstete der Ämter der Universitäten
(mit Ausnahme der Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer)

1080 Wien, Strozzigasse 2/3.Stock
e-mail: za.bed@bmf.gv.at

Tel: (01) 53120 - 3242
Fax: (01) 53120 - 3249

An alle
ZA MG, BR VS der Universitäten, DA VS und Vertrauenspersonen
sowie alle Beamt/innen und VB's im Vertretungsbereich des ZA

Wien, 17. Juni 2013

R U N D S C H R E I B E N N R. 05/2013
Termin bei Bundesminister O.Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle

Auf Ansuchen der Vorsitzenden des Zentrallausschusses fand am 21. Mai 2013 ein gemeinsamer Besprechungstermin mit Herrn BM Töchterle, der Vorsitzenden der BV 16, Gabriele Waidringer und der Vorsitzenden des ZA, Sandra Strohmaier, statt.

Aufgrund der abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen zwischen dem BMWF und den Universitäten sowie dem nach wie vor bestehenden Aufnahmestopp und der bevorstehenden UG-Novellierung gab es zahlreiche Themen, die es aus erster Hand mit Herrn BM Töchterle zu besprechen galt. Im Hinblick auf die avisierten Themenbereiche war ebenso der stellvertretende Kabinettschef Dr. Lederer, der stellvertretende Sektionschef Mag. Pichl sowie der Personalleiter, Herr Rubin, anwesend.

Der gemeinsame Termin zwischen BV 16/GÖD und ZA wurde deshalb gewählt, weil sich die Themenbereiche überschneiden und – wie viele von Ihnen wissen – die beiden Vorsitzenden sehr eng zusammenarbeiten. Ein permanenter Austausch ist bei so vielen komplexen Themen, diesem breiten Aufgabengebiet und für ein gewinnbringendes Miteinander für alle Kolleginnen und Kollegen unerlässlich.

Dass das Personal in der Zentrale des BMWF, den nachgeordneten Dienststellen des BMWF sowie an den Universitäten für uns an oberster Stelle steht, blieb im Gespräch nicht unerwähnt. Insbesondere die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bezug auf die Einsparungsvorgaben der Bundesregierung und die steigende Arbeitsbelastung wurden an den Herrn Bundesminister herangetragen.

Natürlich führen Veränderungen und Umstrukturierungen, fehlende Kommunikation und aufkommende Gerüchte zu Ungewissheit und in Folge zu Unsicherheit. Ich darf Sie daher einladen, Ihre Sorgen und Nöte an mich heranzutragen und mich zu kontaktieren. Ich werde Ihre Anliegen, wie auch bisher, an die zuständigen Stellen weiterleiten und dementsprechend vertreten.

- **Stabilitätspaket/Aufnahmestopp**

Die nach wie vor bestehenden Einsparungsvorgaben in Verbindung mit dem Aufnahmestopp und die steigende Arbeitsbelastung bringen viele Kolleginnen und Kollegen an die Leistungsgrenze. Dies wurde dem Herrn Bundesminister von der ZA Vorsitzenden im Gespräch eindringlich dargelegt.

Seitens des BMWF wurde hierzu mitgeteilt, dass dem Ressort (Zentralleitung und nachgeordnete Dienststellen) ab dem Jahr 2010 bis 2016 ein Einsparungspaket im Ausmaß von 81 Planstellen auferlegt wurde.

Im Jahr 2013 sind 17 Planstellen im Ressortbereich einzusparen. Seitens des BMWF wurde nach Maßgabe der Möglichkeiten zugesagt, bei Erreichen der Einsparungsvorgaben den dringendsten Personalbedarf zu ergänzen. Weiters werden alle dienstrechtlichen und planstellentechnischen Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Belastungen abzufedern. Dies geschieht unter anderem durch Zuweisung von Planstellen für

begünstigte Behinderte (mindestens 70%iger Grad der Behinderung erforderlich), durch Aufnahme von Verwaltungspraktikantinnen und Verwaltungspraktikanten sowie durch Aufnahme von Lehrlingen.

Die Personalleitung steht ebenfalls mit einem offenen Ohr für diverse Anliegen zur Verfügung und ist bemüht, konstruktive generelle Lösungen, aber auch Lösungen im Einzelfall, zu finden.

- **Thema Leistungsvereinbarungen**

Wie uns Betriebsratsvorsitzende berichteten, argumentieren die RektorInnen, dass die Diskussion betreffend „Gehaltserhöhungen für KV-Bedienstete“ seitens des BMWF abgelehnt wurde, obwohl dies explizit von den verhandelnden Personen jeder Universität vorgebracht wurde. Daher haben wir nachgefragt, welche Universität die Gehaltserhöhungen konkret angesprochen hat.

Hierzu wird seitens des Ministeriums berichtet, dass alle österreichischen Universitäten eine 13%ige Steigerung des Budgets erhalten haben. In allen geführten Gesprächen mit den 21 Universitäten gab es sehr viel Diskussion betreffend das Personal; einzelne Universitäten haben sehr konkrete Personalkostenanalysen vorgelegt. Fakt ist, dass 60 – 80% des Budgets allein die Personalkosten betragen; jede Universität hat mehr Budget für ihr Personal erhalten; sogenannte Personalkostenpakete wurden „geschnürt“. Die Kalkulation des erhöhten Budgets durch das BMWF in Bezug auf die Kollektivvertragsgehälter lehnen sich an die Gehälter der Bundesbediensteten an – dies ist natürlich im Hinblick auf die Nulllohnrunde 2013 bzw die für 2014 geplante moderate Erhöhung nicht gerade vorteilhaft.

- **Thema Änderung des Universitätsgesetzes 2002 - UG; Vereinigung von Universitäten**

Das BMWF sieht hier unter anderem Synergieeffekte, die mittelfristig auch zu Effizienzgewinnen führen können; im Zentrum stehen aber vor allem forschungs- und profilbildungsgeleitete Überlegungen.

Eine kritische Stellungnahme wird sowohl von der BV 16 als auch vom ZA an das Ministerium ergehen. Seitens des ZA wird hier vor allem darauf hingewiesen, dass es bei allfälligen Zusammenlegungen von Universitäten zu keiner verschlechternden Einstufung von einzelnen Kolleginnen und Kollegen kommen darf (alle dazu eingelangten Stellungnahmen sind auf der Homepage des Parlaments abrufbar):

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/ME/ME_00534/index.shtml

- **Projekte an den Universitäten**

Ebenso berichten uns Betriebsratsvorsitzende, dass es seitens des BMWF keine zusätzlichen Gelder für bestehende Projekte gibt, sondern nur „neue“ Projekte gefördert werden. Auch dies wollten wir genauer hinterfragen.

Das BMWF führt dazu aus, dass laufende Projekte den Hauptanteil in den Verhandlungsgesprächen haben und somit ein wesentlicher Bestandteil der Leistungsvereinbarungen sind. Selbstverständlich wird auch über geplante, neue Vorhaben diskutiert und diese sodann neu finanziert. Es ist also nicht richtig, dass „ausschließlich“ neue Projekte gefördert werden.

Unerwähnt blieb auch nicht die gute Zusammenarbeit mit der Personalabteilung des BMWF.

Auch hier gilt: nur durch eine ständige, gute Kommunikation und permanenten Austausch können für alle Seiten die besten Lösungen erarbeitet werden.

Herzlichst Ihre

Sandra Strohmaier, MBA MSc
ZA Vorsitzende



VS BV 16 Gabriele Waidringer, BM o.Univ.-Prof. Dr. Töchterle, ZA VS Sandra Strohmaier, MBA MSc